

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. April 1924 bei täglich zweifach, Zustellung frei Haus 1.50 Goldmark. Einzelhefte 20 Pf. für monatlich 2.50 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 33/40. Druck u. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden. Postfach - Konto 1068 Dresden.

Rätselraten über den Sachverständigenbericht.

Weitere Ausdehnung der Eisenbahner-Streikbewegung.

Die Kosten des fünfwöchigen Hüller-Prozesses betragen 102 000 Goldmark.

Frankreich noch immer nicht befriedigt.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Paris, 3. April. Die Presse macht weitere Angaben über die bevorstehenden Berichte der Sachverständigen, deren Uebergabe für Sonnabend ins Auge gefasst wird. Dem „Petit Parisien“ zufolge werden die Sachverständigen bezüglich der Barzahlungen Deutschland ein Moratorium von vier Jahren geben. Vom fünften Jahre an würde das Deutsche Reich Jahresraten in Höhe von 2½ Milliarden Goldmark zu zahlen haben. Während der Dauer des Moratoriums würden Sachleistungen auszuführen und die Befreiungskosten zu entrichten sein. Während des ersten Jahres würde das Reich diese Kosten und die Entschädigungen für Sachleistungen durch eine internationale Anleihe aufbringen, für die das deutsche Eisenbahnnetz als Pfand dienen würde. Die Jahresleistungen Deutschlands würden progressiv größer werden und während des letzten Moratoriumjahres würden für den Fall, daß die deutsche Finanzlage dies gestattet, Barzahlungen für die Reparationen ins Auge gefasst.

„Petit Journal“ teilt noch einige andere Einzelheiten mit. Das Blatt behauptet, daß infolge neuer Verhandlungen und entgegen der ersten Annahme der Sitz der Weltbank in Deutschland selbst unter internationaler Kontrolle sein würde. Diese Entscheidung sei im Anschluß an eine Reise des Gouverneurs der Bank von England nach Paris getroffen worden. „Petit Journal“ hebt weiter hervor, daß die Sachverständigen insbesondere die genaue Form der Finanzierung der deutschen Lieferungen im Laufe des ersten Jahres ausgearbeitet hätten. Ein bedeutsamer Punkt sei der, daß es während der Kontrollzeit keinen vollkommenen Stillstand in den deutschen Zahlungen geben werde.

Wesentliche Punkte seien darauf zu achten, daß die Schlussfolgerungen der Sachverständigen noch nicht völlig den französischen Forderungen entsprechen, wie dies insbesondere der „Matin“ in den letzten Tagen behauptet hatte. So beschwert sich A. Bertinax darüber, daß der für das Ruhrgebiet ausgearbeitete Plan ausdrücklich in dem Bericht keine Aufnahme gefunden habe. Es sei ein Unflut, so schreibt er, daß die Sachverständigen nicht anerkannt, daß die besetzten Gebiete die einzig soliden Grundlagen für das allgemeine System, das hier ausgearbeitet haben, darstellen. Man könnte andererseits die besetzten Gebiete dazu benutzen, Eigentumsübertragungen, z. B. bei Grundbesitz, vorzunehmen und, so meint Bertinax, auf diese Weise ein Moratorium vermeiden. Dem Einwand, man könne die schweren Kosten nicht solange auf den Schultern der Ruhrprovinz ruhen lassen, bezeugt der Leitartikel des „Echo de Paris“ damit, daß man als Ausgleich Wirtschaftsabkommen ohne jeden Zwangscharakter ausarbeiten könne. Im übrigen sei es unerwünscht, warum das Reich feinerichtig umfährig sein soll, die notwendigen Kombinationen zu schaffen, um die Abgaben auf die Gesamtheit der deutschen Steuerzahler zu verteilen.

Einzelheiten über den Umfang der Berichte.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Paris, 3. April. Ueber den Umfang der Sachverständigenberichte macht der „New York Herald“ einige Angaben. Die Gesamtheit der beiden Berichte werde etwa 36 800 Worte umfassen. Der Regierbericht allein ist ein Schriftstück von etwa 8000 Worten. Es folgt dann die allgemeine Uebersicht, die ungefähr 2000 Worte umfaßt, dann die eigentlichen Schlussfolgerungen des ersten Ausschusses mit 22 000 Worten und die verschiedenen Anhänge mit 800 Worten. Der Bericht Mac Kennas seinerseits umfaßt nur 4000 Worte.

Frankreichs Wirtschaft der Politik geopfert.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Paris, 3. April. Nach einer Pause von mehreren Tagen hat gestern der Frankfurter eine neue Aufwärtsbewegung begonnen, die das Pfund auf 73,35, den Dollar auf 17,95 sinken ließ. Die Folgen dieser ausschließlich von wahltechnischen Rücksichten geleiteten Geldpolitik machen sich im Wirtschaftsleben des Landes sehr fühlbar. Insbesondere ist es der Export, der unter der Last des Frankfurter bereits zu Arbeiterentlassungen geführt, so daß außer den Kreisen von Handel und Industrie heute selbst Kräfter, wie die kommunistische „Humanität“, energisch dagegen protestieren, daß die Wirtschaft der Politik geopfert wird.

437 Millionen Fehlbetrag im Haushaltplan für Versailles.

Berlin, 3. April. Der dem Reichsrat vorgelegte Haushaltsplan für die Ausführung des Versailleser Diktats sieht an Ausgaben vor: 52 Millionen für Reparationsbarzahlungen zwecks Tilgung einer Schuld an die Reichsbank für Einlösung der an Belgien abgegebenen Zahlungswelch; 27,5 Millionen für Einlösung von Schuldverschreibungen zur Erhaltung der englischen Reparationsabgabe, 372 Millionen Belastungsschulden im alten und neuen Gebiet, 16 Millionen für die internationalisierte Kommission (Grenzregulierungen usw.), 131 Millionen für innere Ausgaben anlässlich der Durchführung des Versailleser Diktats (Gewalt- und Liquidationsschäden, Beamten- und Müchlingssicherung usw.). Dessen zusammen 640 Millionen Ausgaben steht auf der Einnahmeseite ein Ueberschuß der allgemeinen Reichsverwaltung in Höhe von 203 Millionen gegenüber, so daß sich ein Fehlbetrag von 437 Millionen ergibt.

Der Papst spricht.

Von unserem römischen Mitarbeiter.

„Ueber jedes Vob erhoben und für uns unsagbar tröstlich war das Schauspiel des Gehorams und der kindlichen Ergebenheit, das der ganzen Welt vom Mieras Frankreichs gegeben wurde.“ Die Enzyklika „Maxima gravissimamque“ über die Diktatorvereinigungen in Frankreich ist von der französischen Geistlichkeit im Wege eines Kollektiv-Direktives der Bischöfe an die Gläubigen in die Tat umgesetzt worden, und damit sind auch die Beziehungen zwischen dem Vatikan und der französischen Republik wieder halbwegs normal geworden. Pius XI. hat anlässlich des letzten Konfistoriums am 21. März in seiner Ansprache, die einer Thronrede oder einem Regierungsexposé gleichkommt, hinter das Licht immer gleich den Schatten zu legen gesucht. Auf die Genugtuung über den Handel in Frankreich gibt der Papst seinen Schmerz über die Tatsache kund, daß in Rußland mit dem Erzbischof Gleplak zehn andere Geistliche noch immer eingekerkert seien. Er, der Papst, könne nichts anderes tun, als wieder und immer wieder daran zu erinnern, um das Weltgewissen, besonders aber jene, von denen das Schicksal der Ungläublichen abhängt, wach zu halten. Es muß leider bezweifelt werden, daß man in Moskau für diese Mahnung sehr empfänglich sein wird.

Nicht viel anders dürfte es der Tatsache nach in Italien sein. Der Papst betont seine Freude über die Maßnahme — das Wort Regierung, Faschismus oder Mussolini wird natürlich nicht ausgesprochen —, welche die Wiederanbringung der Kreuzfahnen in den Lehrsäulern der Elementar- und Mittelschulen anordnet. Aber gleich nachher beklagt der Papst in bewegten Worten bitter die hässlichen Fälle von Gewalttätigkeiten „zwischen den Bürgern dieses unseres schönen und edlen Landes“. Und um so bedauerlicher sind diese betrüblichen Szenen, sagt der Papst, wenn sie gewisse Personen oder religiöse Einrichtungen zum Opfer fordern. Viele katholische sind antikerlich, und die andern haben bitter alles, was mit der Popolari (katholische Volkspartei) zusammenhängt. So kommt es, daß jetzt in der Wahlzeit die Veramungskontakte der Popolari, ihre Redner und viele Geistliche, die mit ihnen sympathisieren, daran glauben müssen. So haben erst der Bischof von Quasalla bei Mussolini telegraphisch Beschwerde erhoben, weil zwei seiner Geistlichen knapp hintereinander von Faschisten schwer mißhandelt wurden. „Ich protestiere“, telegraphierte der Bischof, „gegen die barbarischen, einer langjahre verangenehten Zeit würdigen Methoden, und ich beklage die Verbrechen, die an den Gläubigen, die in der Kirche und ihren Dienern die nötige Ehrfurcht nicht verlagert werden dürfen.“

Und der Papst sagt: „Wenn wir auch wiederholt und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln anbefohlen haben, daß die Autorität der Kirche keinesfalls zu rein politischen Zwecken mißbraucht werden dürfe — (das ist auf den Priester Don Turzo, den Chef der Popolari gemünzt) —, so haben wir auch das Recht, in die Pflicht, alle Anarchie und Gewalttätigkeiten, die aus politischen Gründen gegen die Einrichtungen und Diener der Kirche verübt werden, laut und unabweisend zu verdammen.“

Dieser „außenpolitische“ Teil des Konfistoriums wird durch einen innerpolitischen, durch eine doppelte Kardinalsernennung, ergänzt. Der Erzbischof von Newport, Ganes, und der Erzbischof von Chicago, Mundelein, haben den Purpur erhalten. In Anerkennung ihrer großen Verdienste um die Verrückung der Not in Sowjetrußland. Diese Ernennung bedingt nicht allein, ihr folgt auf den Fuß die der Katholiken aus den Vereinigten Staaten. Die „Tribuna“ weilt zu berichten, daß die New Yorker und Chicagoer beschloßen haben, aus Dankbarkeit für die Ehrung ihrer Priester die Gesamtkosten der Missionsausstattung, die in den vatikanischen Gärten errichtet wird, zu tragen. Es handelt sich um rund zehn Millionen Lire.

Der Streit um die neue Militärkontolle.

Uebergriffe der Ueberwachungskommission.

Reichskabinett und Hüllerprozess.

Berlin, 3. April. Das Reichskabinett hat gestern nachmittags eine kurze Sitzung abgehalten, um laufende Fragen zu besprechen. Dem Kabinett liegt eine Reihe von Beschwerden aus dem Reich vor, wegen Vorgängen anlässlich der neuen Militärkontolle, die meistens zu privatrechtlichen Einwirkungen der Ueberwachungskommission geführt haben sollen. Eine offizielle Stellungnahme des Kabinetts ist hierzu noch nicht erfolgt. Hinsichtlich des Münchner Prozesses liegt für das Kabinett kein Anlaß vor, sich mit Prozedurfragen und Urteil zu befassen, da die formelle Führung des Prozesses nach Auffassung des Reichsjustizministers kein Abweichen von den gesetzlichen Vorschriften zeigt.

Keine Verringerung der französischen Besatzung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Genf, 3. April. „Corriere della Sera“ meldet aus Paris, daß nach dem Herrschaftsbesuch der Kammer vorgelegten Bericht des Kriegeministers die Besatzungsstärke der französischen Armee in Deutschland für das zweite Vierteljahr 1924 unverändert belassen worden ist. Ein Abtransport französischer Truppen sei vorläufig weder aus dem Ruhrgebiet, noch der Pfalz in Aussicht genommen.

Australien will eine autonome Flotte.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Rotterdam, 3. April. Die „Times“ melden aus Melbourne: Das Parlament hat mit allen gegen 14 Stimmen eine Resolution angenommen, die das Kabinett auffordert, innerhalb Monatsfrist eine Vorlage vorzulegen nach Errichtung einer autonomen australischen Flotte zur Landesverteidigung. Der Ministerpräsident hat gegen die Besprechung des Antrags vergeblich protestiert.

Um Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Rotterdam, 3. April. Wie der Berliner Korrespondent der „Times“ meldet, hat ein Meinungsaustrausch zwischen London und Berlin in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund begonnen. Die Ablösungnahme soll vom englischen Botschafter in Berlin Lord B'Herborn angehen, und zwar auf direkte Instruktionen MacDonalds.

Polens Deutschenhaß.

Mißachtung der Beschlüsse des Völkerbundes.

Berlin, 3. April. Wie der „Deutsche Abend“ mitteilt, werden die Ausweisungen von Deutschen aus Polen und Westpreußen mit brutaler Härte fortgesetzt. Die Ausgewiesenen müssen von Deutschland aus die Reichsüberführung ihrer Habe ruhig mit ansehen. Dabei hat der Völkerbund am 22. März beschlossen, daß jede weitere Einweisung von Ausländern unzulässig sei und daß die bereits Ausgewiesenen das Recht erhalten, sich in Polen mit ihren Entschädigungen wieder anzukaufen. Der polnische Vertreter war damit auch einverstanden.

Bergarbeiterstreik in Polnisch-Oberschlesien.

Warschau, 3. April. Der vom Zentralverband der Grubenarbeiter in Polnisch-Oberschlesien angekündigte Streik hat am Mittwoch begonnen. Ursache des Ausstandes ist die Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Die Zahl der Streikenden, die am Montag ungefähr 20 Prozent betrug, ist auf etwa 15 Prozent zurückgegangen.

Türkische Konzessionen an Italien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Rom, 2. April. Die „Tribuna“ demontiert die Behauptung des „Daily Telegraph“, Italien habe die Ratifizierung des Kaufmannvertrags von gewissen türkischen Konzessionen, wie der Konzession einer Eisenbahn Brussa—Mudania und dem Bau eines großen Hafens nach dem asiatischen Ufer des Marmarameeres, abhängig gemacht. Demgegenüber erklärt die „Tribuna“ die Zustimmung lediglich als einen Akt uneigennütziger Freundschaft, was allerdings nicht ausschließt, daß zwischen Italiens Industriellen und Finanziers und der Türkei Verhandlungen über gewisse Konzessionen schweben.

Eine Rückkehr des griechischen Königs ausgeschlossen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Korrespondent.)

Athen, 3. April. Auf eine Anfrage der Opposition, was die Regierung zu tun gedente, erklärte der Ministerpräsident, wenn etwa die Volksabstimmung zugunsten der Monarchie ausfiele, eine Rückkehr des Königs nach Griechenland sei völlig ausgeschlossen. Die neue Regierung und die Nationalversammlung würden in einem solchen Falle nach einem neuen Herrscher suchen, jedoch erachte er dies für unwahrscheinlich.